

Stuttgart, 28.11.2018

## **Ausweitung des Vergabevolumens für Umzugs- und Transportdienstleistungen beim Sozialamt**

### **Beschlussvorlage**

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Sozial- und Gesundheitsausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	10.12.2018

### **Beschlussantrag**

1. Der Ausweitung des mit GRDrs 64/2017 „Ausschreibung von Umzugs- und Transportdienstleistungen sowie Entrümpelungsarbeiten für Unterkünfte und Dienststellen des Sozialamts“ beschlossenen Vergabevolumens von 581.000 EUR um 425.000 EUR auf insgesamt 1.006.000 EUR bis zum 31.07.2019 wird zugestimmt.
2. Die genannten Mehraufwendungen sind im Teilergebnishaushalt 500, Sozialamt, Amtsbereich 5003140 Soziale Einrichtungen bzw. Amtsbereich 5009010, Allgemeine Verwaltung, Kontengruppe 42510, Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, finanziert.

### **Kurzfassung der Begründung**

Die in der GRDrs 64/2017 „Ausschreibung von Umzugs- und Transportdienstleistungen sowie Entrümpelungsarbeiten für Unterkünfte und Dienststellen des Sozialamts“ beschlossenen Aufwendungen i. H. v. 581.000 EUR gelten für die Vertragslaufzeit vom 01.08.2017 – 31.07.2019.

Des Weiteren gehört zu den Leistungen das Packen, die Demontage, der Transport und die Montage von Einrichtungsgegenständen, die Anlieferung und der Transport von Kartons sowie Räumung von einzelnen Büros, Wohnungen, Wohnheimen, Lagern und allen Abteilungen.

Die genannten Dienstleistungen sind bis zum 31.07.2019 durch einen Dienstleister, der im Rahmen eines Vergabeverfahrens vom 25.04.2017 den Zuschlag am 24.07.2017 erhalten hat, vertraglich sichergestellt.

Das ausgeschriebene Vertragsvolumen reichte bis einschließlich August 2018 aus. Die mit GRDRs 64/2017 „Ausschreibung von Umzugs- und Transportdienstleistungen sowie Entrümpelungsarbeiten für Unterkünfte und Dienststellen des Sozialamts“ beschlossenen Mittel für Umzugs- und Transportleistungen müssen daher bis zum 31.07.2019 von 581.000 EUR um 425.000 EUR auf 1.006.000 EUR erhöht werden.

Die zusätzlichen finanziellen Mittel sind insbesondere mit der Umsetzung der „7 qm-Regelung Wohn- und Schlaflfläche“ in Flüchtlingsunterkünften der Landeshauptstadt Stuttgart ab dem 01.01.2018 zu begründen. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der GRDRs 64/2017 „Ausschreibung von Umzugs- und Transportdienstleistungen sowie Entrümpelungsarbeiten für Unterkünfte und Dienststellen des Sozialamts“ bzw. dem Zeitpunkt der Ausschreibung am 25.04.2017 wurde davon ausgegangen, dass die im FlÜAG genannte „7 qm-Regelung“ über den 31.12.2017 hinaus ausgesetzt bleibt. Die Umstellung in den Flüchtlingsunterkünften von 4,5 qm auf 7 qm Wohn- und Schlaflfläche ab dem 01.01.2018 führte deshalb zu nicht einkalkulierten Umzügen und Räumungen.

Weiterhin kam es während der Vertragslaufzeit zu Wasserschäden in den Flüchtlingsunterkünften, die zu außerplanmäßigen, teilweise großen Umzügen, Räumungen und Neuausstattungen führten, die mit zusätzlichen Kosten verbunden waren.

Durch die ungeplante und kurzfristige Ausstattung der Flüchtlingsunterkunft Bonhoefferweg im April 2018 kam es zu weiteren unvorhersehbaren Ausgaben bei den Umzugs- und Transportdienstleistungen.

Zudem war bis April/Mai 2018 durch verzögerte Vertragsverhandlungen nicht ersichtlich, ob der bestehende Mietvertrag für das Zentrallager des Sozialamts in der Grenzstraße zur Lagerung von Ausstattungsgegenständen für Flüchtlingsunterkünfte um ein weiteres Jahr verlängert werden würde oder ob ein Umzug in ein Alternativobjekt im Spätsommer 2018 erfolgen wird. Eine Vertragsverlängerung konnte schließlich nicht verhandelt werden, da der Vermieter eine anderweitige Nutzung der Lagerflächen beabsichtigte. Daher wurde für das Zentrallager kurzfristig eine alternative Lagerfläche angemietet. Die damit verbundenen zusätzlichen Umzugskosten führten ebenfalls zu einer Kostensteigerung.

### **Finanzielle Auswirkungen**

Die genannten Aufwendungen sind im Teilergebnishaushalt 500, Sozialamt, Amtsbereich 5003140, Soziale Einrichtungen bzw. Amtsbereich 5009010, Allgemeine Verwaltung, Kontengruppe 42510, Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen finanziert.

Zur Finanzierung des genannten Mehraufwandes können Wenigeraufwendungen aus den Lieferleistungen für neues Mobiliar herangezogen werden.

Die Wenigeraufwendungen für neues Mobiliar ergeben sich aus einem geringeren Bedarf, bedingt durch die Verwendung vorhandener Lagerbestände, die aus Räumungen von Objektrückgaben resultieren.

**Mitzeichnung der beteiligten Stellen:**

Das Referat WFB hat die Vorlage mitgezeichnet

**Vorliegende Anfragen/Anträge:**

---

**Erledigte Anfragen/Anträge:**

---

Werner Wölfle  
Bürgermeister

Anlagen

---

<Anlagen>